

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 17

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatl. 450.— Mk. ohne Bestellgeld.

Halver

Mittwoch, den 24. Januar 1923

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 15.— Mk., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 50.— Mk.,
Offerten-Belegung 0.— Mk.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat auf die Eingriffe der Franzosen in die staatlichen Forsten, Böden, Steuern usw. mit energischen Gegenbefehlen an die Beamtenchaft geantwortet.

* Nach französischen Blättermeldungen beabsichtigt die französische Regierung, unter neuen, ebenfalls gänzlich unannehmbaren Bedingungen einem zweijährigen Moratorium für Deutschland zuzustimmen.

* Der Widerstand der Beamten und Arbeiter im Ruhrgebiet hat die französischen Truppen bereits zu mehreren Freilassungen Verhafteter und anderen Zugeständnissen gezwungen.

* Eine Deputation der Essener Bergarbeiter und Angestellten hat in Mainz binnen 48 Stunden die Freilassung der verhafteten Bergdirektoren gefordert.

* Die Gesamtstärke des französischen Militärs, welches für die Aktion im Ruhrgebiet bestimmt ist, wird in Paris auf 260 000 Mann angegeben.

Selbst ist der Mann!

Aber alles Lob erhaben ist die Haltung der Bevölkerung des Ruhrgebietes in allen ihren Schichten. Sie wird allen übrigen Deutschen zum leuchtenden Vorbild. Als Außer im Streit steht z. B. soeben der Reichsverband der Bergarbeiter auf und erklärt sich bereit, erstens einen Teil der Löhne für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, und weiter, über sich zu verfahren, wenn die Kohlennot groß wird. Auch die Bezahlung dieser Übersichten wollen die Bergarbeiter abführen. Inzwischen werfen die Franzosen immer neue Behauptungen in das neubefestigte Gebiet, und ihr Plan geht zweifellos dahin, zunächst die einheitliche Front der Arbeiterschaft durch geschickt abgemessene Zugeständnisse zu verwirren und sodann, das „Eroberte“ fest in der Hand, „verhandlungsbereit“ der Welt gegenüberzutreten. Wird nun diese Welt wirklich bis zu diesem Augenblick untätig verharren? Im Vorwärts beschäftigt sich der sozialdemokratische Abgeordnete Bernstein, der lange Jahre in England gelebt hat, mit Frankreichs militärischem Überfall. Er stellt die abwartende Haltung der Regierung Bonar Law in Gegensatz zu der Mehrheit des englischen Volkes, die aus einer besseren Auffassung von Recht und Gerechtigkeit heraus das französische Vorgehen von Grund auf mißbilligt. Bernstein wendet sich dann direkt an die englischen Arbeiter und ruft ihnen zu: „Euer Land hat im Verein mit Frankreich Deutschland außerstandgesetzt, Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Es hat dies mit dem Versprechen getan, Deutschland dafür einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden“ zu sichern. So steht es in der Einleitung des Versailler Vertrages. Nun ist es in der Tat so, daß England geradezu verpflichtet wäre, als einer der Hauptbürgen für die gerechte Durchführung des Versailler Friedensvertrages einzutreten. Es ist ferner klar, daß ein solches Einschreiten in seinem elgischen wirtschaftlichen Interesse läge, weil jede weitere Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands auch den Arbeitsprozeß in England schwer in Mitleidenschaft ziehen muß. Den Beweis dafür stellen die wachsenden Millionen englischer Arbeitsloser. Andererseits aber steht es leider auch ebenso fest, daß dieser Grund zum Einschreiten bereits seit Jahren für England bestanden hat und sich doch nicht als durchschlagend erwies. Denn stärker als die nur indirekt fühlbaren wirtschaftlichen Schäden haben sich immer die politischen Erwägungen erwiesen, die für England richtunggebend bestimmt werden durch die überlegende militärische Kraft Frankreichs. Und Amerika? Wir wollen uns mehr denn je vor der Hoffnung hüten, daß von jenseits des Ozeans schon jetzt etwas geschehen würde. Allerdings sieht man, daß die Stimmung sich drüben mehr und mehr gegen Frankreich richtet. Wir können ferner feststellen, daß im Senat und im Repräsentantenhaus neuerdings gerade diejenigen Delegierten, die bisher immer scharf gegen Deutschland auftraten, gegen Frankreich Front machen. Die bevorstehende Debatte im Senat wird dafür neue Beweise bringen. Um aber einen richtigen Überblick über die Gesamtsituation in der Welt uns gegenüber zu gewinnen, braucht man nur die Stimmen des neutralen Auslandes genauer anzuhören. Man wird dann entdecken, daß sich auch jetzt noch, so unglücklich es auch klinet, für Frankreich günstige Presseäußerungen finden. Und das ist doch immerhin bezeichnend.

Deshalb ist es zwar ganz schön, wenn man vor aller Welt dem Ausland vor Augen führt, daß es schließlich um mehr als bloß um Frankreich und Deutschland geht, sondern daß die Frage zur Erörterung steht, ob nicht brutale Gewalt das von den Alliierten im Versailler Frieden geschaffene Recht zu Boden schlagen dürfe. Im letzten Grunde jedoch bleibt es trotzdem nach wie vor allein Deutschlands Aufgabe, gegen die französischen Kanonen, englische Ausreden, amerikanischen Stimmungen und neutrale Schadenfreude — sie spottet ihrer selbst und weiß nicht viel — aufrecht und Auge in Auge mit der Gefahr, das Leben und die Existenz der Nation zu verteidigen und zu erhalten. In gewissen französischen Kreisen in Berlin verbreitete man bezeichnenderweise einen „Vermittlungsvorschlag“, der denkselbst als der frechste Hohn eines Poincaré die geheime Absicht Frankreichs offenbart. Es wird da lächelnd versichert, daß man das Ruhrgebiet mit dem Rheinlande zu einem Pufferstaat vereinigen werde, und daß daran nichts mehr zu ändern sei. Vermittlungslüge! Man aber noch hinzuzufügen: wenn Deutschland Vernunft zeige, dann werde man in eine Herabsetzung der Reparationen auf 50 bis 60 Milliarden willigen. Die Vernunft könne man in Deutschland aber dadurch weitaus am besten beweisen, indem man das Kabinett Cuno stürzt und durch ein willigeres ersetzt.

Das soll ein Winke Sozialdemokraten sein, für die der Abg. Bernstein im selben Augenblick und unter Ablehnung jedes Kompromisses seine Mahnung an England richtet. Wir werden sehr bald sehen, daß aus Paris noch deutlichere Lockrufe herüberklingen. Genau wie die Franzosen schon jetzt im Ruhrgebiet die Betriebsräte dadurch zu fixieren suchen, indem sie Wachtposten und Maschinengewehre von den Zechen zurückziehen, wieder aufbauen und erneut zurückziehen. In Deutschland kann und darf sich dadurch niemand täuschen lassen, und darum stellen wir auch gar nicht erst die Frage nach dem, was das Ausland tun wird. In der Stunde der Gefahr steht der rechte Mann immer allein für sich ein! Das deutsche Volk wird der Welt beweisen, daß es diese alte Erfahrung in die Tat umzusetzen und durchzuführen gewillt ist.

Befehle und Gegenbefehle.

Keine Ausgleichszahlungen mehr.

Auf jeden neuen Rechtsbruch der Franzosen, die sowohl im neuen wie im alten besetzten Gebiet mit allerlei unerhörten Befehlen die Treue der deutschen Beamten auf die Probe stellen, antwortet die deutsche Regierung prompt mit Gegenbefehlen, durch die das französische Vorhaben lahmgelegt wird. So haben die Franzosen jetzt

die preussischen Forsten im Taunus beschlagnahmt.

Daraufhin hat jedoch der preussische Landwirtschaftsminister verboten, irgend einer Anordnung der internationalen Rheinlandkommission oder anderer nicht zuständiger Stellen in bezug auf Staatsforsten nachzukommen. Es verbleibt für sämtliche Beamte bei dem Verbot der Mitwirkung bei jeder als Reparationsleistung ausgeführten Holzlieferung. Auch der Reichspostminister hat alle Beamte, Angestellte und Arbeiter der Reichspost- und Telegraphenverwaltung angewiesen, rechtswidrigen Anordnungen der Besatzungsbehörden ohne Rücksicht auf die eigene Person unbefugten Widerstand entgegenzusetzen. Den Betroffenen wird volle Schadloshaltung zugesichert. Ferner ist in Übereinstimmung mit den bisher getroffenen Maßnahmen, die jede deutsche Mitwirkung an der Herbeiführung deutscher Leistungen gegenüber den vertragsbrüchigen Ländern ablehnen, seitens der Reichsregierung den deutschen Delegierten die Teilnahme an den Arbeiten des deutsch-französischen und deutsch-belgischen Ausgleichsausschusses in Paris untersagt worden.

Keine Zölle, Kohlensteuer, Ausfuhrabgabe.

Eine Bekanntmachung des Reichsfinanzministers wendet sich gegen die Rheinlandkommission, die, wie sie betont, die Deutschland zuziehenden Zölle, die deutsche Kohlensteuer und die deutschen Ausfuhrabgaben in die Taschen des Auslandes leiten will. Diese Anordnungen sind, so sagt der Minister, rechtswirksam. Deutsche Beamte werden Zahlungen, die Deutschland entzogen und fremden Mächten zugeführt werden sollen, nicht entgegennehmen. Es wird von der Bevölkerung erwartet, daß sie nicht durch Zahlung von Zöllen, Kohlensteuer oder Ausfuhrabgaben an fremde Beamte und an fremder Gewalt unterworfenen Klassen den Willen und die Macht derer stärkt, die Deutschland vernichten wollen.

Über eine Viertelmillion Soldaten.

Immer noch werfen die Franzosen neue Truppen nach dem Rheinland. Mainz ist von französischen Truppen überfüllt. Ständig werden Truppen nach dem Ruhrgebiet verladen, ebenso treffen immer wieder neue Truppen aus dem Innern Frankreichs ein. Bisher stehen allein im Rheinland 90 000 Mann französische Truppen, während für das Ruhrgebiet insgesamt 260 000 in Aussicht genommen sind. Weiter planen die Franzosen, alle preussischen Beamten aus dem Rheinland zu entfernen. Vielleicht soll sogar diese Maßregel noch weiter ausgedehnt werden. Dann soll angeblich der Reichskommissar in Koblenz veranlaßt werden, seinen Posten aufzugeben und endlich wird das bereits bekannte Hauptstück des Programms erwartet: die Einführung der Zollgrenze zur völligen Isolierung des Ruhrgebietes.

Der Standpunkt des Kanzlers.

Auf die Frage, welche Stellung die deutsche Regierung zu dieser Lage einnehme, erklärte der Kanzler Dr. Cuno einem englischen Journalisten: „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Friedensvertrag verletzt ist, aber wir werden fortfahren, unsere Verpflichtungen gegenüber den Signatarmächten zu erfüllen, die sich an der Vertragsverletzung nicht beteiligt haben. Die Grubenbesitzer und Arbeiter des Ruhrgebietes werden gegenüber den Drohungen des französischen Militarismus standhalten, indem sie sich weigern, Frankreich und Belgien mit Kohle zu versorgen. Er leisten einem ungeheuerlichen Übergriff Widerstand, und die Reichsregierung wird sie in dieser Haltung unterstützen. Wir verteidigen die Unabhängigkeit des deutschen Gebietes und die Freiheit einer deutschen Bevölkerung gegen die Absichten eines aggressiven Imperialismus. Wir werden festbleiben, und ich weiß, daß das ganze deutsche Volk hinter uns steht.“

Solidarität der Arbeiterschaft.

Die Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands erlassen folgenden Aufruf:

Die unterzeichneten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands erklären ihr volles Einverständnis mit den Abwehrmaßnahmen der bedrängten Arbeiter, Angestellten und Beamten in den besetzten Gebieten. Wir billigen ausdrücklich auch die von den Bergarbeiterverbänden aufgestellten Forderungen, insbesondere nach sofortiger Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der französisch-belgischen Soldaten von den Arbeitsstätten, Freigabe der volkrechtsmäßig verhafteten Werkleiter und Beamten. Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, an diesen Forderungen festzuhalten und nicht nachzugeben in ihrem Widerstand gegen jeden feindlichen Eingriff der feindlichen Mächte in das deutsche Wirtschaftsgebiet. Im Namen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im ganzen Reich und in allen deutschen Industrie- und Gewerbebetrieben.

runge festzuhalten und nicht nachzugeben in ihrem Widerstand gegen jeden feindlichen Eingriff der feindlichen Mächte in das deutsche Wirtschaftsgebiet. Im Namen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im ganzen Reich und in allen deutschen Industrie- und Gewerbebetrieben.

Zur Unterstützung des Widerstandes sollen vor allem die Arbeiterlöhne sichergestellt werden, und zwar in der Weise, daß die einzelnen Zechenwechsel ausstellen, und zwar vorläufig bis zu der Höhe von insgesamt 120—130 Milliarden Mark, die von der Reichsbank diskontiert werden sollen. Aus diesen Summen sollen dann die Löhne gezahlt werden.

Die Bajonette nieder!

a. Essen, 22. Januar.

„Die friedliche Bevölkerung des Ruhrgebietes lehnt es ganz entschieden ab, unter den Bajonetten französischer Soldaten zu arbeiten.“ Dieser Schlußatz einer von den Bergarbeiterverbänden beschlossenen gebarnischen Erklärung, in der sie mit allem Nachdruck die Zurückziehung der fremden Truppen aus dem Industrie- und Berggebiet und die Freilassung der Gefangenen fordern, konnte als Antwort über der gesamten deutschen Gegenwehr stehen, die von Beamten- und Arbeiterschaft unter kräftiger Assistenz der Reichsregierung im Ruhrgebiet geleistet wird. In einem für die ganze Situation sehr bezeichnenden Einzelfalle hat diese Forderung schon zu einem glatten Erfolg geführt. Auf dem Bahnhof Dortmund-Süd ist heute zwischen dem Betriebsrat und den französischen Truppen ein „Abkommen“ getroffen worden, das man in Paris vielleicht etwas merkwürdig finden dürfte. Die Arbeiter- und Beamtenschaft hatte die Arbeit niedergelegt, weil die Franzosen den Bahnhof besetzten, und sie haben sie erst wieder aufgenommen, nachdem die Truppe folgenden Bedingungen zugestimmt hatte: Stellwerke dürfen nicht besetzt werden, eine Wache darf nur zum Empfang der eigenen Lebensmittellieferungen auf dem Bahnhof sein, das Aufpflanzen des Bajonetts ist verboten und die Beförderung von Truppentransporten, sowie die Umleitung von Kohlenzügen hat ebenso wie die Verhaftung der höheren Beamten zu unterbleiben.

Die ganze Stimmung im Revier läßt erwarten, daß die Franzosen sich bald in weit größerem Umfang genötigt sehen werden, den allzu straff gespannten Bogen etwas zu lockern. Ihr bisheriges Verhalten hat eine außergewöhnliche Erbitterung hervorgerufen. Das konnte man in Paris voraussehen, und es war wirklich nicht klug, in dieser Weise Märtyrer zu schaffen, wie es geschehen ist. Nicht nur die beiden Toten, die der französischen Brutalität zum Opfer fielen — in Köln hat heute wieder ein französischer Offizier ein Mädchen durch einen Schuß verletzt, ist dann geflohen —, auch die schamlose Behandlung der Gefangenen trägt dazu bei, die Volksschichten fest zusammenzuschließen. Die alte Mutter eines der Verhafteten, des Bergarbeiters Dize, erzählt mit Freudentränen, wie ihr ein Kohlenarbeiter, der in ihrem Hause zu tun hatte, die Hand drückte und sagte: „Ihr Sohn ist ein Held, Sie können stolz auf ihn sein.“ Rücksichtslos und tatlos verfahren die Franzosen wie überall da, wo sie sich im Besitz der Macht fühlen. Die verhafteten Grubendirektoren wurden im Militärgefängnis in Mainz wie Verbrecher behandelt. Während des ersten Tages ihrer Gefangenschaft erhielten sie kaum die notwendige Nahrung. Dafür aber wurden sie auf der Treppe des Düsseldorfer Rathauses vor der Abfahrt nach Mainz zusammen mit mehreren Offizieren der stolzen „Sieger“ feierlich fotografiert, ehe man sie von der schwerbewaffneten starken Wache in die Automobile bringen ließ.

Alles das trägt natürlich dazu bei, die Entschlossenheit der Bevölkerung im Widerstand zu bestärken. Das System der deutschen Verteidigung im Ruhrrevier übt seine Wirkung, und dabei herrscht bei Arbeitern, Angestellten und Beamten strengste Disziplin. Im gleichen Maße wächst natürlich die Unsicherheit der Franzosen, die sich durch dieses stumme Verteidigungssystem dauernd zu Zugeständnissen gezwungen sehen. So haben sie jetzt Oberbergamtsrat Ahrens, den Direktor der Staatlichen Gruben, in vier heute morgen wieder freigelassen. Beim Eintreffen auf seiner Dienststelle wurde er stürmisch begrüßt. Die Freilassung erfolgte, obwohl Ahrens bis zuletzt auf die Frage, ob er Koks nach Frankreich schicken wolle, bei seiner Weigerung blieb. Auch der Kohlenexpedient Borth ist wieder freigelassen worden. Ferner ist auf den staatlichen Gruben die militärische Bewachung zurückgezogen worden; die Arbeiter sind infolgedessen heute morgen wieder eingefahren. Gefreit wird hingegen auf Zeche Bonifazius der Gelsenkirchener Bergbau A.-G., auf Zeche Friedrich Thyssen 3 bis 7, desgleichen auf Zeche Viktoria Katharina und Herfules. Die Zeche Dahlbusch ist in einen 36stündigen Proteststreik eingetreten.

Wie viel vergebliche Mühe sich die Franzosen geben, die Arbeiterschaft auf ihre Seite zu ziehen, geht aus der Unterredung hervor, die die Abordnung des Gesamt-Betriebsrates der Staatsgruben mit dem französischen General in Düsseldorf hatte. Der General sagte: „Ich bin glücklich, Sie zu sehen. Sagen Sie Ihren Arbeitssameraden, daß ich stets für Sie zu sprechen bin. Ganz besonders würde ich mich freuen, wenn auch Vertreter der wackeren (!) Eisenbahner zu mir kämen. Das edle Frankreich wünscht nichts sehnlicher, als die Arbeiter zufriedenzustellen.“ Der liebenswürdige General hat seinen Zweck nicht erreicht.

Bei den Familien der Verhafteten und den amtlichen Stellen des Ruhrreviers sind zahlreiche Kundgebungen eingegangen, in denen aus dem ganzen Reich von antiken und privaten Stellen die vollste Unterstützung der mannhaften Abwehr versprochen wird. Die Franzosen haben bis jetzt noch nichts erreicht. Die militärische Aktion

Abg. Dallmer (Deutschnall.) verlangt die Einbeziehung Berlins in das Gesetz und hemangelt die Rolle, die den Spruchkammern im Gesetz angewiesen sei. Abg. Simon-Neufalz (Soz.) hält dagegen an der Annahme für Berlin fest. Abg. Kilián (Komm.) bekämpft die Bestimmung, wonach benachteiligte Grundbesitzer wegen Schädigung von Jagd- und Fischereierechten Einspruch gegen eine Siedlungsgenehmigung erheben können.

Nachdem die ersten Paragraphen des Entwurfs angenommen sind, stellt sich bei § 6 (Verfügung der Anstellungs-genehmigung) infolge der Ausdeutung über einen Wählerantrag der Sozialdemokraten die Beschlussfähigkeit des Hauses heraus. Der Präsident beraumt eine neue Sitzung für später an.

Die zweite Sitzung.

In der neueröffneten Sitzung beschäftigte sich das Haus mit dem Antrag des Zentrums, notleidende Angehörige geistiger Berufe, Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Redakteure, falls sie eine Familie zu versorgen haben, in geeigneten Verwaltungsstellen unterzubringen und sie dort an Stelle junger arbeitsfähiger Auszubildender zu beschäftigen, soweit dies ohne Beeinträchtigung der Beamtenhaft geschehen kann. Der Antrag geht an den Hauptausschuss.

Dann beschäftigt sich das Haus mit dem Antrag der Kommunisten zur Änderung des Strafvollzugs und vertagt sich schließlich auf morgen.

Soziales und Provinzielles.

Salver, 24. Januar 1923.

□ **Mahnung zur Vorsicht.** Einer der Gewaltakte der Besatzungsbehörden im neubefestigten Gebiet besteht darin, daß Postsendungen, wie schon bisher im altbefestigten Gebiet der Postzensur unterworfen werden. So ist z. B. bei dem Postamt in Essen 1 eine Postüberwachungsstelle eingerichtet worden. Ebenso wird der Telegraphen- und Fernsprecherverkehr überwacht. Da die Anordnungen über Ort und Zeit dieser Überwachungen ganz von dem jeweiligen Belieben der Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. In früheren Fällen hat die Zensur infolge ihres plötzlichen Einsetzens Ergebnisse gezeitigt, die für die davon betroffenen Personen unangenehme Folgen hatten. Da mit der Einrichtung weiterer Überwachungsstellen gerechnet werden muß, ist es dringend geboten, daß Absender von Briefen und Telegrammen nach den besetzten Gebieten große Vorsicht beobachten. Sie müssen sich immer der geschriebenen Sachlage bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und besonders den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte. Aus denselben Gründen kann auch bei Benutzung des Fernsprechers nur äußerste Vorsicht angeraten werden.

—* Personalausweis im neubefestigten Gebiet.

Vom Polizeipräsidentium in Dortmund wird mitgeteilt: Der General der 13. Division, Zivilangelegenheiten, bestimmt: Alle Personen über 14 Jahren, welcher Nation sie auch angehören, und welche ihren gesetzlichen Wohnsitz in den besetzten Gebieten haben, müssen sich mit einem Personalausweis mit Photographie versehen, der ihnen durch die deutschen Behörden, die unter ihrer Verantwortung mitwirken, übergeben und amtlich unterschrieben ist. Sie sind verpflichtet, dem Ausrufen der Soldaten, die mit der Kontrolle beauftragt sind, Folge zu leisten. Letztere haben den Auftrag, ihre Identität zu prüfen.

+ **Salver, 23. Jan.** Am Samstag fand eine Sitzung der größeren kirchlichen Gemeindevertretung statt, in der die vom Presbyterium vorbereiteten Gebühren und Abgaben für Haustrauungen, außerordentliche Beiläuterung, für Friedhofsschein, für ein Freigrab usw. nach den Vorschlägen des Presbyteriums erhöht wurden.

+ **Salver, 22. Jan.** Der landwirtschaftliche Ortsverein hielt am Samstag nachmittag im Gasthof zur Post eine gutbesuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende Wilh. Bremmer-Schöneberger eröffnete dieselbe und gab anstelle des am Erscheinen verhinderten Dr. Schröder-Münster dem Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Kreisvereins Gust. Ad. Enneper-Engstfeld das Wort zu den verschiedenen Steuerfragen. Letztere führte ungefähr folgendes aus: Die Erklärungen für die Veranlagung der verschiedenen Steuerarten, die Vermögens-, Einkommen-, Umsatz- und andere Steuern, sei wieder nahegerückt, sodaß es wichtig sei, sich über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen Klarheit zu verschaffen. Zunächst behandelte er die Umsatzsteuer. Es dürfte im allgemeinen für die Landwirtschaft das Bierbis Fünftache des Vorjahres einzufügen sein, auf welcher Basis sich das Finanzamt in Altena entgegenkommend zeige. Von Bedeutung sei die Feststellung des Eigenverbrauchs aus der eigenen Wirtschaft. Nach seiner Auffassung komme die Summe von 18 200 Mark in Betracht, während von anderer Seite 22 548 Mark errechnet seien, eine Einigung auf einer Mittellinie von 20 000 Mark könnte empfehlenswert sein. Eine geregelte Buchführung gebe Richtlinien und eine sichere Stütze. Für die Zwangsanleihe sei im allgemeinen das Zehnfache des Wehrbeitrages vor 1913 maßgebend, wodurch größere Betriebe allerdings ziemlich hoch kämen. Ganz bestimmte Angaben lassen sich schwer machen, weil die bezüglichen Bestimmungen vielfach verändert würden. Ursprünglich seien 100 000 Mark freigelassen, diese Summe sei unter 29. Dezember 1922 auf 200 000 Mk. erhöht, würde diese Summe überschritten, so bleibe die begrenzte Summe nicht frei, sondern werde miterfaßt. Bei späteren Zeichnungen kommen bis zum 28. Februar 10 Prozent, bis Ende März 20 Prozent und so weiter bis 50 Prozent hinzu. Die Abgabe betrage in der untersten Stufe 1 Prozent, bis 300 000 Mark 2 Prozent und so steigend bis 20 Prozent als Höchstmaß. Für die Einkommensteuer lassen sich wegen der von Woche zu Woche sich ändernden Preiszahlen schwer Sammelsätze aufstellen. Er hält die Errechnung nach einem vorzunehmenden Reinertrage zum Morgen als die richtigste Methode, was er des Näheren ausführte. Sodann erinnerte er daran, daß bis Ende Januar die Steuerbücher der Steuerarten für das Jahr 1922 abzugeben seien, und zwar entweder an das Finanzamt in Lüdenscheid oder auch an das hiesige Verwaltungsamt. Er verbreitete sich dann über die Höhe der zu entwerteten Marken, wobei zwischen der Zeit vom 1. August bis 31. Juli 1922 und dann vom 1. August bis Ende des Jahres zu unterscheiden sei. Er führte verschiedene Beispiele für die Zeitabschnitte für ein Dienstmädchen und einen landwirtschaftlichen Gehilfen aus. Für ersteres komme außer dem Monatslohn für Verpflegung etc. 300 Mk. im ersten Zeitabschnitt

und im letzteren 450 Mark in Anlaß, ebenso für letzteren. Von dem so errechneten Einkommen komme eine bestimmte Summe für das Existenzminimum und eine andere als Werbekosten in Abzug. Vom 1. Januar dieses Jahres kommen wieder ganz andere Sätze in Anlaß. Otto Paulmann in Meienhohl hält die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens nach einem angenommenen Reinertrage pro Morgen nicht für richtig, weil dadurch die kleineren Landwirte gegenüber den Besitzern eines größeren Gutes beeinträchtigt werden, da die Bestimmungskosten nicht im Verhältnis der Größe des Gutes sich steigern, weil bei den größeren Betrieben der maschinelle und damit billigere Betrieb usw. sich mehr als bei den kleineren Gütern ermöglichen lasse. Enneper spricht sich gegen die Pauschalierung aus. Auch hier sei wieder eine geregelte Buchführung das beste Hilfsmittel, weil diese den wirklichen Reinertrag regelt. Weiter wurden noch die Verhältnisse der Getreideumlage besprochen. — Zum Schluß brachte der Vorsitzende noch die Bildung der beschlossenen Rotgemeinschaft zur Sprache, beleuchtete ihren Zweck und ihre Notwendigkeit und spricht die dringende Bitte aus, sich dieser moralischen Staatsbürgerpflicht nicht zu entziehen. In dem Verteilungsausschuß wird die Landwirtschaft wie auch die übrigen Berufsstände vertreten sein.

× **Schaltsmühle, 23. Jan.** Einen Hasenströpper schlimmster Art wohnhaft zu H. wurde durch den Oberlandjäger Groß, Schaltsmühle und die beiden Privatförster Jansen und Scharpe dingfest gemacht. Dieser hatte in den Gärten ca. 25 Schlingen aufgestellt und am Montag hatten sich zwei Tiere darin gefangen. Der Ströpper hatte als seine Festnahme erfolgte, die Hasen bereits ausgeschachtet, Felle und Fleisch versteckt. Bei der Verhaftung gab er den Versteck an; Felle und Fleisch wurden beschlagnahmt. Der Wilddieb wurde dem Amtsgericht Lüdenscheid zugeführt.

+ **Schaltsmühle, 23. Jan.** Wie uns der Besitzer des Gasthofs zur alten Post in der Hölverstraße, Herr Theodor Haupe, mitteilt, beabsichtigt er keinesfalls aus den Schankräumen eine Fabrik zu machen, sondern Herr Haupe will den Gasthof in unveränderter Weise weiter führen und hat zu diesem Zwecke schon vor ca. 1/2 Jahr die Konzession nachgesucht.

+ **Kierspe, 22. Jan.** Am Donnerstag den 25. d. Mts. findet nachm. 4 Uhr im Amtshause eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung für 1922. 2. Verkauf von Gemeindegütern. 3. Besoldungsfragen. 4. Ziegenbohaltung. 5. Erhöhung der Vergütung des kath. Religionsunterrichtes an der Schule in Kierspe-Bhf. 6. Steuerfragen. 7. Unterstütungen. 8. Verschiedenes.

+ **Kierspe, 22. Jan.** Am vergangenen Samstag fand die Jahres-Hauptversammlung des M.-G.-B. „Sängerbund“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Mitgliedes Walter Hemmer und forderte die Anwesenden auf, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Nach Erstattung des Jahresberichtes wurde das Soll und Haben der Kasse vorgelesen, die von den Mitgliedern Reppel und Ged vorher geprüft und für stimmend befunden worden war. Dem Kassierer konnte Entlastung erteilt werden. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und zwar 1. Vorst. Fritz Schaefer, 2. Vorst. Wilh. Schneider, 1. Schriftf. Fritz Kuhbier, 2. Schriftf. Hermann Hühn, Rentant Karl Stommel, 1. Bücherwart Hugo Alte, 2. Bücherwart Hugo Kolbe, Jagdensträger Alfred Rammehohl, Begleiter Jul. Heese, Fritz Kemper. Der Beitrag für die passiven Mitglieder wurde für das erste Halbjahr auf Mk. 50. — festgesetzt. Infolge der ungeheuren Geldentwertung glaubt der Verein mit dieser Forderung nicht unbescheiden zu sein und hofft bei den passiven Mitgliedern volles Verständnis zu finden. Es wurde des ferneren beschlossen in diesem Jahre einen Wehkreuz zu bejahren. Zu Delegierten wurden die Mitglieder Wilhelm Kuhbier, Wilhelm Frettlöh und Fr. Schaefer gewählt. Der Vorsitzende sprach sodann noch allen denen, die den Verein im vergangenen Jahre in besonderer Weise durch Stiftung von Liedern usw. unterstützt haben, seinen Dank aus und schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Lied.

Hagen, 20. Jan. Heute vormittag 11 Uhr wurde die neue Stadthalle feierlich der Öffentlichkeit übergeben. Bereits im Jahre 1907 wurde die Hagerer Stadthalle A.-G. gegründet, aber erst im Sommer 1913 konnte mit dem Bau begonnen werden. Der Krieg warf jedoch alles über den Haufen. Der inzwischen fertiggestellte Rohbau diente im Kriege als Kriegsküche, Mehlspeicher, Schulküche usw. Heute steht das Bauwerk vollendet da. Der große Saal, der 2100 Personen umfaßt, zeigt ein gewaltiges Atrium. Ohne jeden Pfeiler und Stützbojen erhebt sich seine riesige Kuppelbeherrschend aus dem Ganzen. Rings um den Saal ziehen sich breite Wandelgänge. Für Gaststätten und Nebenräumelichkeiten ist reichlich gesorgt. Das imposante Bauwerk dürfte insgesamt 35 bis 40 Mill. Papiermark neben den früheren verbauten 700 000 Goldmarkkosten.

Dortmund, 22. Jan. Zum heutigen Schlachthofmarkt waren aufgetrieben: 464 Stück Rinder, 258 Kälber, 106 Schafe und 953 Schweine. Auf Anweisung der Berliner Regierung setzte eine scharfe Überwachung der Preisforderung ein, die schließlich zu einer Beschlagnahme des gesamten Viehaustriebes führte. Durch Verhandlung zwischen der Wachepolizei und den Interessenten wurde schließlich eine Einigung dahin erzielt, daß für Rindvieh ein Verkaufspreis von 500—1350 Mk. für ein Pfund Lebendgewicht, Schweine von 1200—1800 Mk., Speckschweine bis 2000 Mk. für ein Pfund Lebendgewicht gefordert werden darf. Der vor dieser Regelung getätigte Aufkauf wurde für ungültig erklärt. — Gleiche Maßnahmen sind an anderen großen Viehmärkten getroffen worden. Um falschen Gerüchten entgegenzutreten, wird ausdrücklich bemerkt, daß durch die Franzosen keinerlei Ankäufe erfolgt sind.

Vollziehung der Handelskammer zu Lüdenscheid

— Lüdenscheid, den 18. Jan.

(Schluß).

Der Einzelhandel des Bezirks berichtet übereinstimmend über ein reges Geschäft und flotten Verkauf. Besonders in der 2. Hälfte des Jahres machte sich bei der Rundschau unter dem Einfluß der schnellen Entwertung der Mark in erhöhtem Maße das Bestreben geltend, die bisher gemachten Ersparnisse in Sachwerte umzusetzen. Da aber dem Einzelhandel nicht gestattet ist, seine Verkaufspreise den neuen Einkaufspreisen entsprechend festzusetzen, und damit seine Kaufkraft dauernd geschwächt wird, hat sich die Substanz des gesamten Einzelhandels vielfach bereits in erschreckender Weise vermindert. Es muß deshalb auch erwartet werden, daß endlich gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, die dem berechtigten Verlangen nach Bewilligung des Wiederbeschaffungspreises zuzüglich eines angemessenen Nutzens Rechnung tragen, wenn nicht dem Einzelhandel allmählich die Betriebsmittel völlig entzogen werden und er, seiner Lebenskraft beraubt, einem langsamen aber sicheren Verfall entgegengehen soll.

Zum Schluß noch auf die nächste Zukunft der wirtschaftlichen Verhältnisse eingehend, bemerkte der Vorsitzende, daß die Aussichten für Handel und Industrie auch des heimischen Bezirks im Augenblick die denkbar trübsten und hoffnungslosesten seien. Durch den brutalen und jedem Rechtsempfinden höhnsprechenden Eingriff Frankreichs und Belgiens von dem Rohstoff liefernden Industrie-Zentrum und den Kohlen abgeknippt, wüßten die Werke nicht, ob und wie lange der Betrieb aufrecht erhalten und Arbeitslosigkeit vermieden werden könnten. Alles hänge von der Haltung der Groß-Industrie im Ruhrbezirk ab, die aber offenbar, Arbeitgeberchaft sowohl wie Arbeitnehmerschaft, fest entschlossen sei, sich dem fremden Joch nicht zu beugen. Die nächsten Tage müßten die Entscheidung bringen, die voraussichtlich zu den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen führen würde und die dann den Anfang des Schwersten, aber vielleicht auch des letzten Teiles des „Weges durch die Wüste“ bedeute. Dieser Weg aber, der so schwer er auch werde, gegangen werden müsse, könne nur dann zum Aufstieg und zur Freiheit führen, wenn das deutsche Volk in allen seinen Schichten sich in Ruhe und Entschlossenheit hinter seine Führer stelle, bereit, jedes Opfer und die schwerste Prüfung auf sich zu nehmen. Bestehe es diese Prüfung nicht, dann sei damit das Schicksal besiegelt.

Sodann referierte der Vorsitzende über die Zukunft der Handelskammern, dabei die von ihm und dem Syndikus besuchte Sitzung der Interessengemeinschaft mittlerer und kleinerer Handelskammern, ihr selbständiges Weiterbestehen betreffend, am 13. vor. Mts. in Cassel und den Beschluß des Verfassungsausschusses des Reichswirtschaftsministeriums über Umbildung des Handelskammerwesens, sowie die Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages besonders berührend. Die weiteren Sitzungen und Verhandlungen finden am 17. und 18. ds. Mts. in Berlin statt und werden von einem Kammermitgliede wahrgenommen. Es soll nach wie vor nichts unversucht bleiben, die Selbständigkeit der Lüdenscheider Handelskammer zu erhalten; demgemäß wurden auch die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung gestellt. — Ueber die Abgrenzung der Aufgaben der Handelskammern, Arbeitgeber- und Fachverbänden fand eine Aussprache statt.

Den Bericht über Ein- und Ausgänge gab der Syndikus an der Hand des Kammertagebuchs. Derselbe betraf u. a. die Rundgebung des Industriegebietes gegen die Trennung des Rheinlandes von Westfalen am 9. vor. Mts. in Essen-Ruhr, die Maßnahmen gegen die Devisenspekulation, Genehmigung des Handelsministers zur Erhebung von 200% auf die staatlich verlangte Gewerbesteuer als Handelskammerbeitrag 1922, Monatsberichte der Handelskammern an den Handelsminister über Lage von Handel und Gewerbe, die Not der Balutashuldner, Gefahr der von der Entente betriebenen Wirtschaftsspionage, den Handel mit Rußland, Beschlagnahme deutscher Guthaben in Holland infolge Vertragsuntreue deutscher Firmen, die Vorschlagsliste für Handelsgerichtsräte und Handelsrichter, sowie der Mitglieder der Fürsorgestellen der Stadt Lüdenscheid und des Kreises Altena, die Sammlung zur Vinderung der Winternot, Entlieferung der Markenblätter 1922 an das Finanzamt, Befürwortung der Abschaffung der Pfennigrechnung im Postverkehr, Minderung des Verfahrens bei der Abfertigung von Gütern zur Ausfuhr, Maßnahmen gegen die Erteilung der Erlaubnis zum Großhandel und zu dem Ankauf von Gold-, Silber- und Schmuckwaren, Mangel an Versicherungs- und Wechselstempelmarken höherer Werte an den Postämtern usw.

Die abgeschlossene Rechnung für das Rechnungsjahr 1921 wurde hierauf vorgelegt und die von den beiden Rechnungsprüfern beantragte Entlastung ausgesprochen. Trotz der Anspannung der Kammermittel wurde auch vorläufig noch weiter davon abgesehen, besondere Gebühren zu erheben.

Zum Vorsitzenden der Kammer für das laufende Jahr wurde sodann Herr Ernst Nolte, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Fritz Dieck, wiedergewählt, welche beide Herren das Amt annahmen. Gleichfalls fanden die Wahlen für den Verkehrs-, Steuer-, Außenhandels- und Kleinhandelsausschuß der Kammer statt.

Unter Steuerfragen kamen die gegen die Wegsteuerung des Anlage- und Betriebskapitals bei der Einkommensteuer und bezüglich sonstiger Steuerangelegenheiten seitens der Kammer getroffenen Maßnahmen zur Besprechung. Das umfangreiche Material, darunter der hier gehaltene und dann gedruckte Vortrag des Steuerjuristen Behrens in Elberfeld und das Gutachten des Rechtsanwalts Seyffert in Cassel, war allen zuständigen Stellen unterbreitet worden; die Sitzung des Steuer-ausschusses des deutschen Industrie- und Handelstages am 18. vor. Mts. in Berlin hatte ein Kammermitglied besucht, dem Rechtsanwalt Seyffert, der bekannte Steuer-spezialist, wieder weitere wertvolle Unterlagen zur Ver-

fügung gestellt hatte, die beste Verbindung gefunden hatten. — Die Bewertungslinien für die erste Veranlagung zur Vermögenssteuer und für die Veranlagung zur Zwangsanleihe sind inzwischen im Druck erschienen. Der Entwurf für die Reform des Gewerbesteuergesetzes steht vor seiner Veröffentlichung; nach dem Inkrafttreten werden wohl die Gemeinden von der Einführung besonderer Gemeindegewerbesteuerordnungen absehen können. Die Stellungnahme der Kammer zu den geplanten Erhöhungen der Gewerbesteuer bei einzelnen Kommunen des Kammerbezirks wurde bekannt gegeben.

Hiernach kam die zweite Fassung des Entwurfs einer Anordnung des Zollltarifs zur Vorlage. Die bereits vor einigen Jahren seitens der Kammer eingereichten 21 Anträge hatten zum größten Teile Berücksichtigung gefunden. Die vom Deutschen Industrie- und Handelstag zugegangenen vertraulichen Richtlinien für die zukünftige deutsche Handelspolitik wurden verlesen und im wesentlichen gebilligt. Die wichtige Angelegenheit des Zollltarifs wird natürlich auch von der hiesigen Kammer weiter verfolgt; das Material steht den Firmen auf der Geschäftsstelle der Kammer während der öffentlichen Dienststunden — nur Werktags-Vormittags — zur Verfügung.

Die Behandlung der Verkehrsangelegenheiten nahm wieder längere Zeit in Anspruch. Erwähnt sei hier, daß das hiesige Postamt für die Auslieferung der Pakete erneut die Vormittagsstunden empfiehlt und für die Annahme von Massenauslieferungen die Schlußzeit auf 5 Uhr nachmittags festgesetzt hat, auch beabsichtigt das Postamt, auf den von hier ausgehenden Kraftpostlinien den Stückgutverkehr einzurichten. Ueber die Eröffnung einer Kraftpost zwischen Lüdenscheid und Lösenbach und Errichtung einer Postagentur in der Lösenbach Schwebeu noch die Verhandlungen. Auf den neuen Fahrplan der Postautomobillinie Lüdenscheid-Herscheid wurde besonders hingewiesen; durch die Aenderung desselben ist eine wichtige und gute Verbindung von Lüdenscheid (Anschluß an den ersten Personenzug von Brügge) über Herscheid zur Lenne geschaffen, die regere Benutzung verdient. Zwischen Lüdenscheid und Meinerzhagen ist die Anlage einer weiteren Fernsprechkleitung in Aussicht genommen; ein Antrag der Handelskammer, die Fernsprechkämmer ihres Bezirks in das Bezirksfernprechnetz und den Schnellverkehr des Industriebezirks einzubeziehen, mußte leider vorläufig abschlägig beschieden werden, da nach Verfügung des Reichspostministers der Schnellverkehr überall eingeschränkt, keinesfalls aber neu eingeführt werden soll. — Daß die Kreis Altkreis Schmalpfe-Eisenbahn auf ihren Linien zur Dampfheizung ihrer Personenwagen übergegangen ist, auch diese mit hinreichenden Abteilen II. Klasse ausgestattet hat, wurde begrüßt. — Bei der wiederholten Anwesenheit der höheren Beamten der Reichsbahndirektion Elberfeld am hiesigen Orte ließen sich die Wünsche der Handelskammer betr. Eisenbahnangelegenheiten besonders vertreten; ebenso ist an der Schlußsitzung des Verkehrsverbandes bergisch-märkischer Handelskammern am 9. d. Mts. in Elberfeld seitens der hiesigen Kammer teilgenommen worden. Eine Befürwortung der Wiedereinlegung zweier Sitzgasspaare auf der Vollmestrecke zum Sommer beim Reichsverkehrsminister hat die Reichsbahndirektion Elberfeld zugesagt. Auf die Erreichung der Anschlüsse in Brügge und Hagen und gute Verbindungen nach dem Westen, sowie nach Bremen, Hamburg, Berlin, Leipzig und

Frankfurt a. M. hatte die Kammer wiederholt, zum Teil schon mit gutem Erfolg, hingewiesen. Ueber sonstige von ihr herbeigeführte Verbesserungen auf den Strecken des Kammerbezirks haben die Tageszeitungen bereits berichtet. Die Bedürfnisfrage bezgl. Einlegung eines weiteren Morgenzuges auf der Bolmetalbahn, der Hagen etwa um 6 Uhr morgens verläßt, wurde auf Grund der allgemeinen und besonderen Verkehrslage, übereinstimmend verneint. Der Umbau der Bahnhöfe Brügge und Lüdenscheid, die natürlich außerordentlich kostspielig werden, wird baldmöglichst den Wünschen der Interessenten vor sich gehen.

Unter „Verschiedenes“ wurde den Firmen des Bezirks mit Rücksicht auf die nicht zu vermeidende stärkere Wiedereinführung des Handelswechsels dringend empfohlen, bei der Reichsbank unterzüglich eine Neueinschätzung ihres Kredits vornehmen zu lassen, damit sie dort ihre Wechsel in hinreichender Höhe zu den günstigen Bedingungen der Reichsbank unterbringen können.

Nach 4-stündiger Dauer wurde die Sitzung geschlossen.

Kleine Nachrichten.

Kunstpflege im besetzten Gebiet.
Escher. In der politisch isolierten, wirtschaftlich bedrängten und kulturell bedrohten Rheinpfalz sind, ausgehend von der vor Jahresfrist begründeten Arbeitsgemeinschaft „Pfälzer Kunst“, Bestrebungen im Gange, eine Kunstgalerie beim Pfälzischen Gewerbemuseum in Kaiserslautern zu schaffen, worin neben den in der Pfalz tätigen Künstlern anregende Arbeiten aus dem gesamten deutschen Kunstschaffen (Malerie, Plastik, Graphik und angewandte Künste) eine Sammelstätte finden sollen. Durch Stipendien, Ankäufe und Preisausstellungen sollen die heimischen Künstler weitestgehend unterstützt werden.

Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Haag.
Haag. Die diplomatischen Vertreter der alliierten Großmächte im Haag haben durch den französischen Bevollmächtigten an den Internationalen Gerichtshof des Völkerbundes das Ersuchen gerichtet, den Streitfall zwischen England, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Deutschland andererseits zu klären, der entstanden ist durch die Weigerung der deutschen Behörden, dem Dampfer „Wimbledon“ freie Durchfahrt durch den Ärmelkanal zu gewähren, weil der Dampfer mit einer Munitionsladung nach Danzig versehen war. Der Fall geht auf den 21. März 1921 zurück.

Albert Thomas gegen Clemenceau.

Paris. Die letzte Post, die aus Amerika eintraf, brachte einen ausführlichen Bericht über das Bankett der 200 Bankiers, das in New York stattfand und das vom Rat der Auswärtigen Angelegenheiten organisiert worden war. Der Franzose Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsbureaus, wohnte ihm bei. Thomas hielt eine längere Rede, in der er ausführte: „Ein Franzose, der jüngst Euer Land besuchte, hat Euch erzählt, Deutschland bedeute für uns eine große Gefahr. Ich bin nicht seiner Ansicht. Ich habe vor kurzem Deutschland besucht und festgestellt, daß man dort keinerlei Revanchegedanken hegt, daß im Gegenteil die Leiden des deutschen Volkes ungedeutet sind.“ Thomas vertritt die Idee einer deutsch-französischen Zusammenarbeit und Annäherung auf Grund der Annulierung der deutschen Schuld.

Die Schneestürme in Ungarn.

Budapest. Der orkanartige Schneesturm, der in unermindelter Stärke wütet, hat den Eisenbahnverkehr völlig lahmgelegt. Aus Steinamanger, Keszthely, Kaposvár und Künstirchen werden große Schneeverwehungen gemeldet. Die Freimachung der infolge der Schneemassen festgebliebenen Züge ist mit Aufgebot bedeutender Arbeitskräfte im Gange. Auf den Linien der Südbahn wurde der Personenzug- und Güterverkehr gänzlich eingestellt.

Deutsche Neugründungen in Spanien.

Madrid. Deutsche Industrieunternehmen haben Verhandlungen wegen Gründung einer Kautschukfabrik in Madrid beendet. Es verlautet, daß die spanische Regierung dem deutschen Kapital weitgehendes Entgegenkommen zeigt.

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		22. 1.		20. 1.		Stand 1. 8. 14
		gekauft	angeb.	gekauft	angeb.	
Holland	1 Gulden	8867,77	8912,33	7306,68	7342,32	1,70 P.
Dänemark	1 Krone	4329,15	4360,85	3468,31	3488,69	1,12
Schweden	1 Krone	59,5	60,5	4337,87	4362,13	1,12
Normwegen	1 Krone	4219,42	4240,58	3451,27	3498,73	1,12
Schweiz	1 Franc	4179,52	4200,48	3566,03	3593,94	0,80
Amerika	1 Dollar	22344,1	22566,9	18708,12	18766,88	4,20
England	1 Pfund	104488,1	105011,8	85785,1	86215,9	20,40
Frankreich	1 Franc	1416,45	1423,55	1281,91	1288,09	0,80
Belgien	1 Franc	126,77	1293,23	1127,17	1132,83	0,80
Italien	1 Lira	1057,35	1062,65	897,75	902,25	0,80
U.-S.-Terr.	100 Kronen	80,42	80,58	26,93	27,07	85,00
Ungarn	1 Krone	—	—	7,23	7,32	0,85
Tschechien	1 Krone	611,46	614,54	538,65	541,35	—

Stand der Börsenmärkte am 22. Januar 78 Pf.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 22. Januar. Der Dollar zeigte heute wieder eine scharfe Hochbewegung, und im Anschluß hieran hatte sich das Warenangebot, welches am Sonnabend im Laufe des Tages reichlicher geworden war, wieder zurückgezogen oder war doch nur zu Forderungen da, welche die letzten amtlichen Kurse weit überstiegen. Demgegenüber waren aber auch die Käufer vorsichtiger, so daß sich auf der ganzen Linie das Geschäft äußerst schwach entwickelte. Für Getreide war die Situation ähnlich wie für Brotgetreide, während Hafer im Konsumgeschäft zu Preisen verkauft wurde, zu denen sich der Großhandel kaum einbeziehen konnte. Nach dem Westen bestand wieder Begehr für diesen Artikel. Mais wurde per Februar- und Märzlieferung gesucht, doch war nur zu wesentlich erhöhten Preisen anzukommen. Für Mehl ist das Angebot klein geworden, nach den westlichen Gebieten die Kaufkraft aber um so stärker. Hülsenfrüchte, speziell Erbsen für das Ruhrgebiet, gesucht. Futterstoffe höher gehalten.

* **Rauhfutter.** (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: Drahgegr. Roggen- und Weizenstroh 10 500—11 000, desgl. Haferstroh 10 500—11 000, bindfadengegr. Roggen- u. Weizenstroh 10 200—10 700, gebündeltes Roggenlangstroh 10 300—10 600, loses u. gebünd. Krummstroh 9800—10 000, Häcksel 11 500—12 000, handelsübliches Heu 9500 bis 9800, gutes Heu 10 200—10 500 Mark.

* **Steigerung der Großhandelspreise um 60 %.** Die Großhandelspreise von 44 Waren stiegen in der letzten Woche um volle 60 %, also fast zwei Drittel des letzten Standes, auf das 3293fache Vorkriegsniveau.

* **Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post** erfolgt in der Woche vom 22. bis 28. d. Mts. zum Preise von 70 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 35 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbankmünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 22. d. Mts. bis auf weiteres zum 1500fachen Betrage des Nennwertes.

* **Polnische 50 000-Mark-Banknoten.** Die polnische Landesbanknote stellt neue Banknoten im Werte von 50 000 Mark in Umlauf.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Einzelhandelspreise für Lebensmittel.** Preise für das Pfund in Mark in Berlin am 22. 1.: Schellfisch 350—550, Kabeljau 540 bis 630, Seelachs 420—500, Seehecht 550—600, Dorsch 380—420, Korbars 430—460, Kottungen 460—500, grüne Heringe 520—580, in Eis: Hechte 750—850, Zander 1000—1100, Karpfen 700—800, Aale 550—650, lebend: Hechte 950—1000, Salmen 950—1050, Karpfen 800—950, Butter 3200—3500, Kartoffeln 15—18,50.

Berlin, 23. Jan. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 21 000.

* **Der Bezugspreis dieser Zeitung** beträgt für den Monat Januar 450,— Mk. ohne Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streit, Aussperrung usw. können Bezahler und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.



Gestern Abend 10 Uhr entschlief sanft und gottergeben nach kurzem, schweren mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Carl Hengstenberg

im 50. Lebensjahre.

Dieses zeigen an in tiefer Trauer:

Frau Carl Hengstenberg
nebst Kinder.

Linscheid b. Schalksmühle, den 22. Januar 1923.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr vom Sterbehause in Linscheid aus statt.

Trauerbriefe

werden schnell und billig
angefertigt in der

Buchdruckerei
Wilh. Bell jr., Halver.

Achtung!

Donnerstag, den 25. Januar 1923, abends 7 1/2 Uhr
(im Lokal zum Löwen)

öffentliche Versammlung.

Ref.: Landtagsabg. Genosijn Geyffe
Düsseldorf.

Delegierte vom 4. Weltkongress, Moskau.

Männer und Frauen, kommt und holt Euch Aufklärung

R. P. D.

Ortsgruppe Halver.

Achtung! Jäger und Kleintierhalter!

Wegen dringendem Warenbedarf kaufe ich zu
Leipziger Tagespreisen alle Sorten
Felle und zahle für:

Hasenfelle la. Winter	1700.— Mk.
Katzenfelle la.	1000.— "
Rehfelle	1100.— "
Fuchsfelle	4500.— "
Iltisfelle	1300.— "
Kaninfelle la.	1000.— "
Eichhörnchen la.	200.— "
Maulwurfelle	300.— "
Marderfelle	12500.— "
la. Ziegenfelle	4800.— "

Alle anderen Felle höchste Tagespreise.

Bin Donnerstag in Halver bei Spediteur und Wirt
Adolf Vormann, Frankfurterstraße von 9 bis 3 1/2 Uhr
nachmittags und kaufe zu obigen Preisen alle Sorten
Felle ein.

Aug. Jaeger, Häute und Felle,
Remscheid.

— Telefon Nr. 1386. —

Elektrische Licht- und Kraftanlagen

für Industrie und Landwirtschaft.

Glühlampen, Installationsmaterial.

Elektrizitäts-Gesellschaft

Geisler & Schuller,

HAGEN I. W., Elberfelderstr. 44.

— Telefon 2314. — 2152

Bekanntmachung.

Die Finanzkasse hat neben dem
Reichsbankgirokonto Lüdenscheid
Scheckkonto Nr. 1050 der Stadt Sparkasse Lüdenscheid
Scheckkonto Nr. 1800 der Amtsparkasse Lüdenscheid
Postcheckkonto Dortmund Nr. 8071
ein neues Postcheckkonto Nr. 56 969 bei dem Postcheck-
amt in Hannover eingerichtet.

Es empfiehlt sich, bei Ueberweisung durch ein
Postcheckkonto in Zukunft nur das Konto Nr. 56 969
beim Postcheckamt Hannover zu benutzen. Steuerart
und Sollbuchnummer ist stets genau auf dem Ueber-
weisungsscheck anzugeben.

Lüdenscheid, den 22. Januar 1923.

Finanzamt.

J. B. Freitag, Regierungsrat.

Walter Schulte,

G. m. b. H. HAGEN I. W. G. m. b. H.

— Fernruf 3173. —

Treibriemen-Fabrik. 2009

**Kernleder-Treibriemen für jede
Betriebsart. Riemenreparaturen**

Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen
Transport- und Förderband: Näh-
und Sinderriemen: Rund- und Kordel-Schnur
Handleder u. alle technischen Lederwaren.

Pianos

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügel-Fabrik
Hagen i. W.
Bahnhofstraße 29.

Filiale: Berlin
Hardenbergstr. 14.
NB. Eintauch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten
Stimmungen und Reparaturen.

Zuchtiger
Schleifer

für Schaufeln und Spaten
gesucht.

Gebr. Boswinkel

Vollme i. W.

Preislisten, Kataloge

für
die Klein-
eisenindustrie wer-
den als Spezialität schnell
u. preiswert angefertigt. Stelle
hierzu aus meinem
großen Vorrat Clichés
kostenlos zur Ver-
fügung.

Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Wirt Verein Halver.

Donnerstag, 25. Januar,
nachm. 5 Uhr im Adler

Versammlung.

Baterl. Frauenverein Halver

Bezirksgruppe Weiskule

Mittwoch, den 31. ds.

Mts. abends 8 Uhr

Hauptversammlung

bei Geschw. Fasbender

Schweineversicherungs- Verein Bornbaum

hält am Sonntag, den

28 Jan. nachm. 5 Uhr

in der Wirtschaft Wm. Alb.

Höller, Kreisch

General-Versammlung

ab.

1. Jahres-Rassenbericht.

2. Erhöhung der Ver-

sicherungssumme.

3. Vorstandswahl

4. Verschiedenes.

Um vollständiges Er-

scheinen bittet

Der Vorstand.

2 junge, strebsame Kaufleute

für Bestellungen- und Ver-

handlungen bezw. Lehrlings-
wesen per Eintritt bis 1.

4. von einem hiesigen Wer-
geschult

Ausf. Angeb. unter Bei-
fügung von Zeugnisab-
schriften und Referenzen
besördert unter R. 1645
die Geschf. des Allgem.
Anz., Halver